

Ressort: Politik

Auswärtiges Amt geht im Reparationsstreit auf Griechenland zu

Berlin, 19.03.2015, 08:28 Uhr

GDN - Im Streit mit Griechenland um Entschädigungsleistungen für NS-Unrecht geht die Bundesregierung auf die Regierung in Athen zu: Der Europa-Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), zeigte sich offen für einen Vorstoß des CDU-Außenpolitikers Roderich Kiesewetter, den seit 2014 existierenden deutsch-griechischen Zukunftsfonds zum zivilgesellschaftlichen Austausch und Dialog verstärkt finanziell zu unterstützen. "Einer bedarfsgerechten Anpassung stehe ich offen gegenüber, wenn unser Angebot weiterhin auf ausreichendes Interesse auf griechischer Seite stößt", sagte der SPD-Politiker dem "Handelsblatt" (Online-Ausgabe).

Laut Roth schafft der Zukunftsfonds zusätzliche Möglichkeiten, "die schmerzlichen Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte gemeinsam aufzuarbeiten". Zivilgesellschaftlicher Dialog und Austausch förderten gegenseitiges Verständnis und Aussöhnung. "Das wollen wir unterstützen und haben den Zukunftsfonds hierfür mit einer Million Euro jährlich ausgestattet." Gefördert werden nach Angaben von Roth einerseits wissenschaftliche Projekte zur Aufarbeitung, aber auch Projekte für die Opfergemeinden in Griechenland. Sein Bedauern äußerte Roth darüber, dass in der derzeitigen Debatte um Entschädigungsleistungen für NS-Unrecht "Zusammenhänge konstruiert werden zwischen furchtbaren deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges und der aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage in Griechenland. Das sollten wir unbedingt vermeiden." Auch wenn zwischen Berlin und Athen unterschiedliche Rechtsauffassungen zum Thema Reparationen bestünden, stehe völlig außer Frage, dass das deutsche Besatzungsregime schreckliche Gräueltaten in Griechenland begangen habe, betonte Roth. "Hierfür trägt Deutschland eine historische und moralische Verantwortung."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-51612/auswaertiges-amt-geht-im-reparationsstreit-auf-griechenland-zu.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619